

# Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Peltzseite oder deren Raum berechnet

## Die Not der deutschen Bauarbeiter.

(Dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zur besonderen Beachtung.)

Als die Organisationen der deutschen Bauarbeiter im Jahre 1913 die jetzt geltenden Tarifverträge abschlossen, war ein großer Teil ihrer Mitglieder unzufrieden, weil ihnen die Verträge nicht die Lohnerhöhungen brachten, die sie während der Vertragszeit zur Sicherung ihrer Existenz für durchaus notwendig hielten. In der Tat war die Entlohnung der deutschen Bauarbeiter, trotz der Lohnerhöhungen, die sie sich mit Hilfe ihrer Organisation im Laufe der Jahre erkämpft hatten, schon vor dem Kriege nicht so, daß von einer wirklichen Sicherung ihrer Existenz gesprochen werden konnte. Zwar die Löhne wurden bei jedem Vertragsabschluß erhöht; aber die Lebensmittelpreise und die Preise für fast alle andern Bedarfsartikel wurden ebenfalls fortgesetzt erhöht, so daß für die Arbeiter von den Lohnerhöhungen immer nur ein kleiner Teil als wirkliche Verbesserung übrig blieb. Geht man davon aus, daß die Arbeitskraft des Arbeiters nur dann zu ihrem wirklichen Werte bezahlt wird, wenn der Lohn als Preis der Arbeitskraft so hoch ist, daß der Arbeiter davon als Kulturmenschen leben, daß er davon nicht nur seine eigene verdauliche Arbeitskraft ständig neu ersetzt, also sich durch ausreichende Ernährung, Kleidung, Wohnung usw. gesund erhalten kann, sondern daßelbe auch für seine Familie zu tun vermag, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der weitest große Teil der deutschen Bauarbeiter seine Arbeitskraft schon vor dem Kriege erheblich unter ihrem Wert verkaufen mußte.

Diese Tatsache wird aufs neue dargetan durch die Tabellen, die wir in den letzten Nummern des „Grundstein“ veröffentlicht haben und durch die die außerordentlich starke Entwertung des Arbeitslohnes und der Arbeitskraft oder, was dasselbe ist, die Verschlechterung der Lebenshaltung der Bauarbeiter während des Krieges nachgewiesen wird. Bei der Kompliziertheit jener Tabellen ist es angebracht, die Hauptzahlen daraus der Deutlichkeit hier noch einmal vor Augen zu führen, zumal ja die eine Tabelle infolge eines Irrtums berichtigt werden mußte.

Unsere drei Tabellen enthalten, wie bekannt, 142 Orte, in denen zunächst auf Grund der monatlichen Aufzeichnungen Calwers die Bewegung der Lebensmittelpreise vom Juli 1914 bis Juni 1915 festgestellt worden ist. Und zwar gibt die erste Tabelle Auskunft darüber, was in den einzelnen Orten von einer vierköpfigen Familie — Mann, Frau und zwei Kindern — in den einzelnen Monaten für Nahrungsmittel aufgewendet werden mußte, wenn sich die Familien so ernähren wollten, wie die deutschen Marine Soldaten ernährt werden. Im Juli 1914 waren das im Durchschnitt der 142 Orte M. 25,33. Diese Summe war also der Preis der Standardration.

In der zweiten Tabelle wird der halbe Sommerwochenlohn des Maurers in jedem einzelnen Ort dem Preis der Standardration gegenübergestellt. Hauswirtschaftsrechnungen von Maurern haben nämlich ergeben, daß der Maurer etwa 50 pZt. seines

Sommerwochenlohnes für Nahrungsmittel ausgeben kann, während er die andere Hälfte seines Lohnes für Kleidung, Miete, Schuhwerk, Steuern, Kindererziehung usw. ausgeben muß. Bei dieser Gegenüberstellung des halben Sommerwochenlohnes mit dem Preis der Standardration ergibt sich nun die außerordentlich bezeichnende Tatsache, daß der Maurerlohn in seinem einzigen der 142 Orte hoch genug war, um die Standardration kaufen zu können. Mit andern Worten: in keinem der 142 Orte verdienten im Juli 1914 die Maurer so viel, daß ihnen mit ihren Familien eine Ernährung ähnlich der des Marine Soldaten möglich war. Im Durchschnitt der 142 Orte betrug damals der halbe Sommerwochenlohn M. 17,29, das sind M. 8,04 weniger als der Preis der Standardration. Da der Maurer nicht mehr als die Hälfte seines Lohnes für Nahrungsmittel ausgeben konnte, so konnte er im Durchschnitt nur 68,3 pZt. der Standardration kaufen, also 31,7 pZt. weniger, als er hätte kaufen müssen, wenn er sich mit seiner Familie so hätte ernähren wollen wie der deutsche Marine Soldat. Am günstigsten war das Verhältnis in Hamburg, wo man damals für den halben Sommerwochenlohn 98,8 pZt., und in Berlin, wo man dafür 90,8 pZt. der Standardration bekam. Dagegen bekam man in andern Orten für den halben Sommerwochenlohn nur zwischen 50 und 60 pZt. der Standardration, so in Schweidnitz 53,4 pZt.

Es läßt sich demnach nicht bestreiten, daß der Lohn der Maurer schon vor dem Kriege in vielen Orten völlig unzulänglich war und keinen angemessenen Preis für die Ware Arbeitskraft des Maurers darstellte.

Noch viel ungünstiger waren die Verhältnisse vor dem Kriege für die Bauhilfsarbeiter. Für diese war es überhaupt nicht möglich, ihrer Ausgabe für Nahrungsmittel den halben Sommerwochenlohn zugrunde zu legen. Dazu war ihr Lohn viel zu niedrig. Im Durchschnitt der 142 Orte stellte sich der volle Bauhilfsarbeiterwochenlohn auf M. 27,76. Wollten sich die Bauhilfsarbeiter mit ihren Familien so ernähren, wie die Marine Soldaten ernährt werden, so mußten sie schon vor dem Kriege ihren ganzen Wochenlohn bis auf einen Rest von M. 2,43 für Nahrungsmittel ausgeben. Selbst wenn sie nur so leben wollten wie die Maurer, wenn sie also 31,7 pZt. weniger Nahrungsmittel kaufen, als sie hätten kaufen müssen, bräuchten sie 62,3 pZt. des vollen Sommerwochenlohnes für Nahrung. Für alle andern Ausgaben blieb ihnen nicht die Hälfte des Lohnes wie beim Maurer, sondern nur 37,7 pZt. übrig.

Das war vor dem Kriege. In welcher Weise sich die Verhältnisse bis Juni dieses Jahres für die Arbeiter verschlechtert hatten, das geht ebenfalls aus unsern Tabellen hervor. Zunächst zeigt uns die Tabelle A (siehe Nichtigstellung im „Grundstein“ Nr. 44), daß der Preis der Standardration, der im Juli 1914 noch M. 25,33 betrug, nun auf M. 37,36 gestiegen war. Die Steigerung beläuft sich auf M. 12,03 oder 47,5 pZt. Mit

andern Worten: eine vierköpfige Familie, die sich so ernähren wollte, wie die Marine Soldaten ernährt werden, mußte im Juni 1915 für Nahrung wöchentlich M. 12,03 oder 47,5 pZt. mehr ausgeben als vor dem Kriege. Für die Arbeiter, denen die Unternehmer Steuerzuschläge verweigern und die deshalb für Nahrungsmittel nur ungefähr das gleiche aufwenden können wie vor dem Kriege, bedeutet dies eine ungeheure Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, was gleichbedeutend ist mit einer ungeheuren Entwertung ihrer Arbeitskraft.

Sehen wir zunächst zu, wie sich die Verhältnisse beim Maurer gestalten. Dieser konnte im Juli 1914 für seinen halben Sommerwochenlohn noch 68,3 pZt. der Standardration kaufen. Im Juni 1915 war sein halber Sommerwochenlohn, also der Teil, den er für Nahrung ausgeben konnte, infolge der tariflichen Lohnerhöhung von 35 % = 2 pZt. gestiegen. Dagegen waren in der gleichen Zeit die Nahrungsmittelpreise derart gestiegen, daß der Maurer nunmehr — trotz der zweiprozentigen Lohnsteigerung! — im Durchschnitt nur noch 47,2 pZt. der Standardration kaufen konnte. Er bekam also für seinen halben Sommerwochenlohn nicht einmal mehr die Hälfte der Nahrungsmittel, die er haben mußte, um sich mit seiner Familie ähnlich wie die Marine Soldaten ernähren zu können. In Hamburg, wo man vor dem Kriege für den halben Sommerwochenlohn noch 98,8 pZt. der Standardration bekam, erhielt man im Juni 1915 nur noch 64,4 pZt., in Berlin war der Anteil von 90,8 auf 58,2 pZt. gesunken und in andern Orten erhielt man jetzt gar nur noch rund ein Drittel der Standardration, so zum Beispiel in Oppeln 35,4 pZt. Und dabei ist volle Sommerarbeit, also keine Arbeitslosigkeit usw. vorausgesetzt! Wollte der Maurer im Juni 1915 die gleiche Menge Nahrungsmittel kaufen wie im Juli 1914, so mußte er nun dafür anstatt M. 17,29 im Durchschnitt M. 25,52 ausgeben. Das ist eine Steigerung von M. 8,23 oder 47,6 pZt. (In der Tabelle B war dieses Verhältnis nicht klar herausgearbeitet.) Der Maurerlohn stieg also, dank der Verständnislosigkeit der deutschen Bauunternehmer, in den ersten elf Kriegsmontaten nur um 2 pZt., während der Preis für die vor dem Kriege um den halben Maurerwochenlohn zu beziehenden Nahrungsmittel um 47,6 pZt. gestiegen ist.

Für die Bauhilfsarbeiter, die schon vor dem Kriege außerordentlich unzulänglich gestellt waren, sind die Verhältnisse nach dem ersten Kriegsjahr geradezu aufreißend. Ihr Wochenlohn hat sich nur um 8 % erhöht. Er betrug im Juni dieses Jahres im Durchschnitt M. 28,60. Da der Preis der Standardration in der gleichen Zeit auf M. 37,36 gestiegen war, so reichte der gefante Sommerwochenlohn des Bauhilfsarbeiters bei weitem nicht mehr aus, um die Nahrungsmittel kaufen zu können, die er nach dem Nahrungs-



mittelverbrauch des Marinesoldaten haben müßte. Selbst wenn er nur die gleiche Nahrungsmittelmenge verbraucht wie der Maurer, so müßte er dafür 89,2 pZt. seines vollen Sommerwochenlohnes ausgeben. Für andere Ausgaben bleibt kaum etwas übrig, ja, es gibt eine ganze Anzahl Orte, wo der gesamte Sommerwochenlohn des Bauhilfsarbeiters nicht einmal ausreicht, um das für den Maurer angelegte Quantum Nahrungsmittel kaufen zu können. Obwohl dieses Quantum um 31,7 pZt. hinter der Standardration zurückbleibt, müßte zum Beispiel der Bauhilfsarbeiter in Tilsit 117,0 pZt. seines vollen Sommerwochenlohnes, also 17 pZt. mehr als er verdient, für Nahrungsmittel ausgeben!

Die Arbeitskraft der Bauarbeiter ist also während des Krieges in geradezu ungeheurer Weise entwertet und ihre Lebenslage ist dementsprechend verschlechtert worden. Seit Juni sind außerdem, wie jeder weiß, die Preise für die meisten Lebensmittel weiter um mindestens 20 pZt. gesteigert worden. Daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seinen Mitgliedern trotzdem unter Androhung von Konventionalstrafen die Gewährung von Feuererzeugnissen an die Arbeiter verbietet, kann man angesichts dieser Zahlen nur als überaus empörend bezeichnen. Empörend ist es, daß der Arbeitgeberbund seine Mitglieder mit Gewalt verhindert, den Arbeitern in dieser Zeit der Not zu helfen. Jetzt kommt der Winter, die Arbeitszeit muß verkürzt werden, gleichzeitig beginnt für viele Bauarbeiter das häufigere Aussehen wegen schlechten Wetters. Wir fragen den Vorstand des Arbeitgeberbundes, ob er trotz der gesteigerten Not der Arbeiter auch den Winter über seinen die Arbeiter maßlos erbitternden Beschluß aufrechterhalten will.

Wir machen bei dieser Gelegenheit auch heute wieder darauf aufmerksam, daß der Arbeitgeberbund von Beginn des Krieges an dahin gewirkt und es auch in zahlreichen Fällen erreicht hat, daß seinen Mitgliedern über die bestehenden Verträge hinaus Preisausschläge von den militärischen und andern Bauauftraggebern bewilligt worden sind, weil sich die Herstellungskosten für die von ihnen zu liefernde Arbeit verteuert hatten. Nun wohl: bei nichts sind die Herstellungskosten so stark verteuert worden wie bei der Ware Arbeitskraft. Man sollte endlich daran denken, daß Unternehmer, deren Arbeiten unter ihrem Werte bezahlt werden, nur in ihrem Vermögen geschädigt werden, daß aber Arbeiter, deren Arbeitskraft so stark wie jetzt unter ihrem Werte bezahlt wird, an Leben und Gesundheit Schaden leiden. Vermögensverluste können ersetzt werden — und sie müssen schließlich von denselben Arbeitern ersetzt werden, die man heute hungern läßt — die verkorene Gesundheit der Arbeiter dagegen ist schwerer und verlorenes Leben gar nicht zu ersetzen. Man lasse also die Heuchelei über die Unabänderlichkeit der Tarifverträge, hinter der sich nichts als öddeste Profitgier verbirgt, und gewähre den Arbeitern endlich das, was man für sich — zum Schutze seines Geldbeutels, nicht seiner Gesundheit! — als selbstverständlich in Anspruch nimmt!

### Krieg, Wehrkraft und Kleinwohnungsbau.

(Schluß.)

In der Eingabe des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen werden dann die Schwierigkeiten besprochen, die der Förderung des Kleinwohnungsbauwes entgegenstehen, und es werden Vorschläge zu ihrer Überwindung gemacht. Als stärkstes Hindernis für die Herstellung der erforderlichen neuen Wohnungen wird die Beschaffung von Realkredit jetzt und nach dem Kriege bezeichnet. Da die vom Reich ausgegebenen Kriegsanleihen den Geldgebern einen Zins von 5,63 pZt. bei einer fünf- und von 5,38 pZt. bei einer zehnjährigen Anlage bringen, so werde der Zinsfuß bei der Sättigung des Kapitalmarktes mit Reichsanleihen auch für erste Hypotheken auf etwa 5 bis 5½ pZt. steigen. Ferner sei eine starke Verteuerung der gesamten Baumaterialien und der Löhne als Folge der durch den Krieg erwachsenen Kosten für alle Produktionsfaktoren. Die Folge werde eine Verteuerung der Mieten um mindestens 20 bis 25 pZt. sein. Ein Herunter-

**Am 6. November ist der 24. Weiratrag in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Weiratrag befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden.**

gehen des Zinsfußes sei in den nächsten Jahren nicht zu erwarten, da auch die Bundesstaaten und die Kommunen, die sich durch ihre Leistungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege eine erhebliche Schuldenlast auferlegt haben, neue Anleihen auf den Markt bringen würden, die ebenso hoch wie die Reichsanleihen verzinst werden müßten. Die Hypothekenbanken, die bisherigen Hauptgeldgeber auf dem Realkreditmarkt, würden infolge dessen gezwungen sein, Pfandbriefe zu einem höheren Zinsfuß auszugeben.

Das Privatkapital, das bis jetzt im wesentlichen die zweiten Hypotheken stellte, werde sich ihnen in absehbarer Zeit nicht wieder zuwenden, da sich die zweiten Hypotheken schon bisher als unzuverlässige Kapitalanlage erwiesen hätten. Das Geld, das nach dem Kriege von privater Seite noch dem Kapitalmarkt zugeführt werden könne, werde vom Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und von der Wiederauffüllung der Rohmaterialbestände aufgezehrt werden. Alle diese Umstände seien geeignet, eine Krise herbeizuführen, die die von 1870/71 noch bei weitem übertreffen könne. Wie schlimm die Zustände damals waren, ergibt sich daraus, daß am 1. Oktober 1871 laut Polizeibericht 10 600 Familien obdachlos waren. Wenn den aus dem Felde zurückkehrenden Kriegern, die noch mit Mietschulden überlastet seien, die Miete geleistet oder — wenn sie mit einer großen Familie gelehrt seien — die Wohnung gekündigt werde, so könne dies sozial zerkleinernd und verbitternd in bebenlichem Grade wirken.

Die Männer — so heißt es in der Eingabe weiter — die für das Vaterland im Felde gestanden haben, erhoffen mit Recht eine Hebung ihrer Lage nach dem Kriege. Sie wollen nicht aus dem Ringen um Leben und Tod heimkehren, um dann keine Wohnung für sich und die Ihren zu finden oder in Häuser einzuziehen, wo die Wohnung „keine Kinder“ die Grundlage jedes Mietvertrages ist. Sie haben den Anspruch darauf, wenigstens für die Zukunft die Möglichkeit zu sehen, daß in dem städtischen Wohnungswesen eine gründliche allgemeine Wandlung eintritt. Der Abgeordnete Hendrich drückt diesen Gedanken in „Der Krieg und die Sozialdemokratie“ so aus: „Wehrkraft ist jetzt die Lösung. Dazu braucht es Millionen gesunder Kinder des Volkes. In dunklen Wohnungen und in den Winkel der Mietkammer blähen aber keine roten Wangen. Eine Wohnungsreform allergrößten Stils ist das Nächste, was zu Deutschlands Wehrhaftigkeit verlangt werden muß. Für jeden, der um die Heimat gekämpft hat, ist doch das allererste, daß er nun auch ein Heim bekommt, besten Güter er sein kann. Alle Sozialpolitik war bis jetzt nur Kranken- und Altersversorgung. Es muß aber an den Wurzeln begonnen werden. Gegen ist wichtiger als pflegen. ...“ Soll dieses Ziel erreicht werden, und wollen wir mit unseren Maßnahmen nicht zu spät kommen — denn neue Wohnungen lassen sich nicht von heute zu morgen beschaffen —, so ist es dringend erforderlich, daß die nötigen Vorarbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden. Der Wiederaufbau der deutschen Wehrkraft, die Möglichkeit, zahlreiche Familien in gesunder Umgebung zu erziehen, . . . . muß das große Ziel sein.“

Welch große Bedeutung für die Volksgesundheit und die Wehrkraft dem Wohnungswesen zukommt, wird in der Eingabe an einigen Beispielen erläutert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Tauglichkeitsziffern in den Großstädten rapid sinken. In den ländlichen Bezirken beträgt die Zahl der Stellungs-pflichtigen seit 1902 unverändert 58,9 pZt., in den Städten mit mehr als 2000 Einwohnern nimmt sie ständig ab; im Bereich des dritten Armeekorps, zu dem die Stadt Berlin gehört, beträgt sie nur noch 35 pZt. Für Charlottenburg ist die Ziffer 38,8 pZt., für Neutölln 36,2 pZt., für Schöneberg 34,4 pZt. und für Berlin sogar nur 31,9 pZt. Im Vergleich zu den ländlichen Bezirken stellte Groß-Berlin vor dem Kriege allein zwei Armeekorps zu wenig. Die ländliche Fruchtbarkeit ist seit 1880 um ein Fünftel, die städtische dagegen um ein Drittel gesunken. Die Säuglingssterblichkeit ist in den Mietskasernen, besonders in den Seitenflügeln ohne Duerführung, ganz erschreckend hoch. Es gibt in der Großstadt bestimmte Häuser, die geradezu als „Sterbehäuser“ gelten. Diesen Umstand könne durch die Teilung und den Umbau größerer Wohnungen nicht abgeholfen werden. Es müsse deshalb mit allen Mitteln

eine Dezentralisierung des städtischen Wohnungswesens herbeigeführt werden.

Als notwendig bezeichnet wird der Erlaß eines Gesetzes, das den Einzelstaaten die Richtlinien zur Ausgestaltung des Wohnungswesens geben soll. Noch notwendiger sei aber augenblicklich die Regelung des Realkreditwesens. Vorge schlagen wird, das Reich möge die gemeinnützige Bautätigkeit dadurch mehr als bisher unterstützen, daß es die Wohnungsfürsorgefonds erhöht, die es als Arbeitgeber seiner Angestellten gewährt. Auch die Kriegsinvaliden könnten in den Kreis der Berechtigten einbezogen werden. Um aber einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, müßte auch privaten Unternehmern zur Erstellung von Wohnungen für die milderbemittelte Bevölkerung Hilfe gewährt werden, und zwar dergestalt, daß die Landesversicherungsanstalten und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Interesse des Versicherungszweckes und der Hebung der Wehrkraft die Garantie für zweite Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten übernehmen. Voraussetzungen müßte dabei sein, daß die zu erstellenden Kleinwohnungen allen berechtigten hygienischen und sozialen Anforderungen genügen, daß ferner die Mietpreise den Einkommensverhältnissen der Mieter entsprechen und nicht darüber hinaus erhöht werden dürfen. Zur Sicherung der Hypotheken soll ferner gefordert werden, daß der Unternehmer ein angemessenes Eigenkapital in den Hausbau hineinsetzt.

Die Dezentralisierung des Wohnungswesens soll dadurch erleichtert und gefördert werden, daß die mit öffentlichen Hilfe erbauten Wohnungen nicht nur in den größeren Städten, sondern vornehmlich in deren Umgebung in freier Lage und mit Hausgärten geschaffen werden. Es wird gewünscht, daß die Gemeinden und der Fortschritt auf diese Aufgaben hingewiesen und sie ermächtigt werden, zur Aniehung geeigneten Gelände zum ortsüblichen Preise zu enteignen. Im Zusammenhang damit sei der verwaltungstechnischen Zusammenlegung der zusammengehöriger Kommunen und dem Tarifwesen auf Klein- und Straßenbahnen sowie auf den im Staatsbesitz befindlichen Eisenbahnen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Schließlich wird noch die Ansiedlung von Kriegsinvaliden auf kleinen Eigenheimen oder Pachtstellen angeregt. Ermöglicht werden soll dies dadurch, daß durch Abänderung des Militärhinterbliebenengesetzes die Möglichkeit geschaffen wird, durch Kapitalisierung eines Teiles der reichsgegliederten Invaliden die Wehrhypothek für die Erwerbung einer solchen kleinen Heimstätte aufzubringen.

Zum Schluß wird gesagt, die Lösung der in der Eingabe aufgeworfenen Fragen könne nur nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgen. Da die erforderlichen Maßnahmen nur zum Teil in die Kompetenz des Reiches fallen, so wird gebeten, daß die dem Reich zuzulassenden Maßnahmen alsbald im Einverständnis mit dem Bundesrat in Angriff genommen werden. Gleichzeitig wird der Reichskanzler ersucht, bei den Einzelstaaten auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit dem Reich im Sinne des in der Eingabe Angeführten hinzuwirken. Die Frage müsse so schnell wie möglich geordnet werden, da erhebliche Gefahr im Verzuge liege.

Soweit die Eingabe des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen. Wir wünschen und hoffen, daß sie nicht ohne Erfolg sein wird. Die in ihr enthaltenen Darlegungen über den Stand des Wohnungswesens und über die auf diesem Gebiet nach dem Kriege drohenden Gefahren sind zweifellos richtig und zwingen geradezu zu baldigen vorbeugenden Handeln. Unsere Verwaltungsmittelglieder in den einzelnen Orten fordern wir auf, dem Stand des Wohnungswesens in nächster Zeit die größte Aufmerksamkeit zu schenken und überall dort, wo eine Wohnungsnot besteht oder droht, die Anregung zum Bau von Kleinwohnungen zu geben.

### Die gemeinnützigen Bauvereine in Hessen.

Am 26. September tagte in Groß-Steinheim der Verbandstag der gemeinnützigen Bauvereine im Großherzogtum Hessen. Aus dem Bericht der Verbandsvorstände heben wir hervor, daß noch in keinem Jahre die Bautätigkeit der angegliederten Bauvereine so stark war wie 1914, obwohl sie sich nach Kriegsausbruch nur auf die Herstellung angelegener Bauten beschränkte. Die Landesversicherungsanstalt Hessen hat 1914 an Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen insgesamt M. 966 270 hergegeben. Davon entfielen auf die Bauvereine M. 69 200. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges konnten nur die Bauvereine in Grünberg, Groß-Steinheim, Gießen und Darmstadt mit dem Bau fortfahren. Trotz der durch Einkürzungen zum Heer entfallenden Mittelansätze und Rückstände haben die Bauvereine das Jahr gut überstanden. Allerdings tagt dazu das Entgegenkommen der Landesversicherungsanstalt, die die Zahlungserträge stundete, wesentlich bei. Wie sich die Tätigkeit der Bauvereine nach dem Kriege gestalten wird, darüber läßt sich vorläufig nichts sagen, wohl aber die private Bautätigkeit in weitgehender Weise ergraben müssen. Wahrscheinlich wird ihre Bautätigkeit nach dem Kriege stärker als vor dem Kriege sein; denn aus vielen Gemeinden wird schon jetzt über starken Wohnungsmangel getlagt.

### Die Unfallverhütung und die Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften bei der Tiefbauberufsgenossenschaft.

Nach den Abgrenzungen des Reichsversicherungsamts gehören die Eisenbahn-, Wege-, Kanal-, Strom-, Deich-, Tunnel- und Festungsarbeiten zu dem Tiefbaugewerbe. Die Tiefbauarbeiten, die sich beim Brunnenaufbau und bei den Fundamentierungen der Hochbauten notwendig machen, kommen demnach hier als eigenartige Tiefbauarbeiten nicht in Frage. Der Hochbau mit seinen Meistern nimmt gegenüber den Tiefbauarbeiten immer noch eine sehr handwerksmäßige Stellung ein. Die Tiefbauarbeiten sind kaufmännisch-industriell geleitete Unternehmungen, die zum überwiegenden Teil auf die Submissionsaufträge der Staaten, Gemeinden usw. angewiesen sind. Aus dem Kreise dieser Betriebe sind eine Anzahl Baufirmen hervorgegangen, die jetzt auch im Hochbaugewerbe maßgebend zu werden drohen. Freilich, die große Zahl maschineller Hilfsmittel, die im Tiefbaugewerbe unentbehrlich ist, ist im Hochbaugewerbe trotz seiner Maschinenmaschinen und Hebezeuge noch unbekannt. Ein leistungsfähiger Tiefbaubetrieb muß zum Arbeitsverfahren Feldbahngeräte, Lokomotiven, Bagger, Eren, Milchmaschinen, Kräne, Pumpen, Gerüstmaterial usw. haben. Diese Betriebsmittel, die bei der Unfähigkeit der Betriebsstätten noch Fertigstellung der Arbeiten forttransportiert werden müssen, bilden für den Unternehmer einen Hauptbestandteil seines Betriebskapitals und seines Vermögens. Daher auch die ununterbrochene Besorgung wegen Mangels an Beschäftigung und ungenügender Vergütung der in diesen Betriebsmitteln enthaltenen Kapitalwerte. Dabei kommt weiter in Betracht, daß die Industrie für Baumaschinen und -geräte in immer kürzeren Zeiträumen leistungsfähigere Maschinen auf den Markt bringt. Der Unternehmer muß deshalb nicht allein zu verhindern suchen, daß seine Betriebsgeräte verrotten oder verfaulen, sondern er muß auch dafür sorgen, daß der Abnutzungszustand nicht unterbrochen wird. Nur dann kann er stets die neuesten technischen Errungenschaften ausnützen und im Konkurrenzkampf bestehen. Nach den Angaben des Ministerialablatte der Bauverwaltung im Jahre 1914 sind in einem Zeitraum von 70 Jahren die Leistungen der Eimerbagger fünfzigmal und die Tiefe, bis zu der gebaggert wird, fünfmal vergrößert worden und von 2 auf 10 m, sogar auf 12 m gewachsen. Dagegen ist der Einzelpreis oder Durchschnittspreis der Baggerung auf ein Geschäft verringert, obgleich Baggerwerke auf große Entfernungen bewegt wird. So belaufen sich die Kosten für Baggern und Förderung bei einem Eimerbagger mit 260 cbm stündlicher Leistung, der während fünf Jahre im Mittel 460 000 cbm jährlich verfrachte, auf 27  $\mathcal{A}$  für 1 cbm, für Baggern allein einschließlich der Vergrübelung und Abschreibung bei einer Leistung von 600 000 cbm jährlich auf 6  $\mathcal{A}$  für 1 cbm. Wird der Sand durch einen Saugbagger gewonnen und durch ein Druckrohr geleitet, so stellen sich die Kosten noch niedriger; so zum Beispiel für einen Saugbagger von 1000 cbm stündlicher Leistung und für ein 1000 m langes Druckrohr bei 3 m Sub über Wasser nach dem „Ingenieur“ 1914 wie folgt:

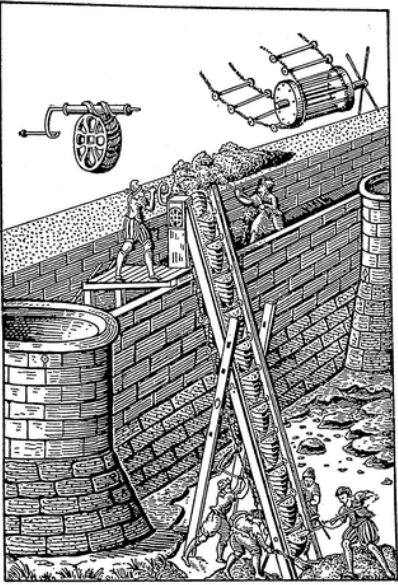
Aufschaffungskosten	„ 765 000
Jährliche Betriebskosten:	
Vergrübelung und Abschreibung (15 v. H.)	„ 114 750
Verticherung (5 v. H.)	„ 38 250
Kohlen	„ 255 000
Personal	„ 68 000
Unterhaltung, Schlepplöwe usw.	„ 119 000
Zusammen	„ 695 000

Jährliche Leistung: 250 Arbeitsläge je 20 Stunden je 1000 cbm = 5 000 000 cbm, Einzelpreis 11,9  $\mathcal{A}$  für 1 cbm. Als ganz selbstverständlich muß angesehen werden, daß bei der Leistungsfähigkeit und bei dem Einzelpreis die Art der Fördermaschine: ob loser Sand oder Feisgeröll bei Trocken- oder Staubbaggern usw. mitbestimmend ist. In einer weiteren Darstellung gibt das Ministerialblatt 1914 eine Uebersicht von den Fortschritten der Baggerarbeit:

Baggerart	Jahre	Werkstoff	Leistung in Kubimeter	Stoffverbrauch in Kubikmeter	Stoffverbrauch pro Kubikmeter	Stoffverbrauch pro Kubikmeter
Sandbagger	1850-1870	3700-4600	5	10000	?	1,50
Eimerbagger	1860-1870	95 000	?	?	?	2,-
Dampfbohrer	1860-1870	95 000	90	150000	0,095	1,40
Dampfbohrer	1870-1885	106 000	110	142000	0,145	1,10
Kreiselbagger	1870-1890	86 000	40	81000	?	1,70
Eimerbagger	1910	210 000	260	400000	0,85	2,7

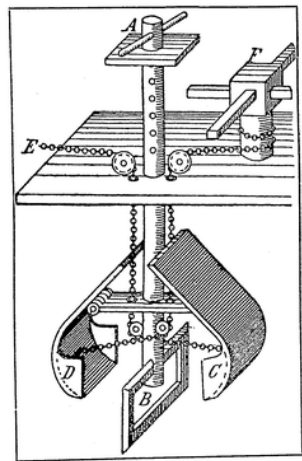
Zu heutigen Anforderungen des Tiefbauwesens, wo oft bei Kanals- und Fußbauten Millionen von Kubikmetern Boden oder Felsen losgerissen und gebrochen sowie transportiert werden müssen, folgte der Maschinenbau. Die Sandbagger vom Jahre 1840 hatten eine Länge von 7 bis 9,5 m, dagegen wiesen schon die ersten Dampfbohrer (1820 bis 1840)

eine Länge von 21,6 m auf. Bis zum Jahre 1910 sind die Längenausmaße der Dampfbohrer schon bis auf 38,8 m gewachsen. In ähnlicher Weise haben sich die übrigen maschinellen Betriebsmittel zur Tiefbodenhebung und -förderung entwickelt. Es sei nur an die bekannte technische Ausgestaltung



Trodenbagger von 1865.

der Greif- und Höffelbagger erinnert. Um beim Bau des Panamakanals die notwendigen Baggerungen rasch und wirksam zu fördern, sind für zwei Bagger zwei Eimer aus Manganstahl von je 7,6 cbm Inhalt und 84 t = 680 Zentner Gewicht hergestellt worden. Die hier eingefügten Bilder, die der Jubiläumsummer der Zeitschrift „Tiefbau“ entnommen sind, zeigen uns die ersten Anfänge dieses großartigen technischen



Dampfbagger von 1867, nach der Art der jetzigen Greifbohrer gebaut.

Verdrehung. — Der elektrische Betrieb zur Förderung von Erdmassen und Baumaterial ist eine Errungenschaft der neuesten Zeit. Vermittels Kabeltrane, Drahtseilbahnen und durch Dampf- oder Benzolmaschinen wird bei größeren Tiefbauten das Material ab- und transportiert. Auch die Verbesserung der Sprengmittel trug zur Entwicklung des Tiefbauwesens bei. Das gilt namentlich von der Erfindung des Dynamits, das 1847 von dem Italiener Sobrero erfunden und zuerst 1862 von dem Schweden Alfred Nobel fabrikmäßig hergestellt wurde. In neuerer Zeit werden fast jedes Jahr verbesserte Sprengmittel aus dem Grundbau unter Wasser und beim Tunnelbau angewandt

Presluftverfahren. Schließlich sei noch auf die Gefriergründung hingewiesen, die in der Einführung von künstlich hergestellter Kälte in wasserhaltige Bodenschichten besteht, wodurch diese in Eis verwandelt und dadurch festig werden. In diesem steinartigen Zustande kann dann der sonst „schwimmende Boden“ in die Tiefe hinein bearbeitet werden. Die Naturwissenschaft und die Mechanik feiern im Tiefbauwesen großartige Triumphe! Von den Maschinen und Apparaten des Tiefbaus wird hohe Leistungsfähigkeit, verbunden mit geringen Betriebskosten, gefordert. Aber die größeren Maschinenbauanstalten kommen auch den sonstigen vielseitigen Anforderungen weit entgegen. Den kapitalstärkenden Tiefbaufirmen werden die Geräte, Bagger usw. vermietet, das heißt gegen Entgelt leihweise überlassen. Diese Entwicklung wird von den Bauherren unterstützt. Von den Auftraggebern bei öffentlichen Aufträgen wird von vornherein eine der technischen Höhe entsprechende Leistungsfähigkeit verlangt. Nur Baufirmen, die dem Rechnung tragen können, kommen bei den Submissionen zur angeregt Auswahl. Diese Stellungnahme der Bauherren bei größeren Aufträgen ist nach wie vor oft geradezu sinnlos. Unterbreitungen der Tiefbaufirmen notwendig. Wie aus diesen Kreisen mitgeteilt wird, haben hier die Konkurrenzverhältnisse einen recht eigenartigen Charakter angenommen. Die Ausübung von Tiefbauarbeiten geht danach auch schon mehr und mehr in den Beschäftigungsbereich der Betonbauunternehmen über. Auch in den kleinen Städten und auf dem Lande haben sich die Bauverhältnisse, die bisher lediglich im Hochbau ihr Arbeitsgebiet suchten, mit Erfolg der Ausübung von Tiefbauten zugewandt. In verschiedenen Bezirken ist es schon so weit gekommen, daß Kanalarbeiten in kleineren Umfängen von den reinen Tiefbaufirmen nicht mehr zu erlangen sind. Bei den letzteren Arbeiten liegt die Entscheidung oft bei den Kreis- oder Gemeindebehörden, die dadurch den im Bezirk wohnenden Unternehmern und Steuerzahlern wirtschaftliche Hilfe leisten wollen.

Zur Zusammenfassung mit größeren Tiefbauarbeiten stehen außer dem Betongewerbe fast alle Baubetriebe und die Eisen- und Metallindustrie. Der Brücken- und Schleusenbau, dazu die elektrischen Kraftzentralen fordern Industrien mit starker finanzieller Rückendeckung. Daraus erklären sich auch die wirtschaftlichen Wandlungen, die sich zu einer mehr einheitlichen und umfassenden Betriebsweise durch Bildung von großen Baufirmen vollziehen, wobei dann das Bankkapital wirksam eingreifen kann. Die Einschränkung der Konkurrenz sowie billige und willige Arbeitskräfte sollen die Mittel sein, die dabei zum Ziele führen. Bei diesen Bauarbeiten, die vorzugsweise in den Sommermonaten zur Ausführung kommen, bilden die beruflosen Arbeiter, darunter eine große Anzahl Ausländer, das fluktuierende Element. Ein fester Stamm von ortsfestigen Arbeitern ist bei den allermeisten dieser Betriebe nicht denkbar. Die vereinzelten Ausnahmen der größeren Tief- und Eisenbahnbauunternehmen befinden sich in der Regel, und darin findet auch die große Zahl der Unfälle im Tiefbaugewerbe mit seiner Ursache; schon in dem Bericht für 1902 schreibt die Tiefbauberufsgenossenschaft: „Ein Hauptgrund für die Häufigkeit der Unfälle muß in dem Umstand gesucht und gefunden werden, daß auf der einen Seite in unsern Betrieben zum Teil eine ungenügende Zahl der Arbeiter hingewiesen werden kann — ungeübt und ungelernete Arbeiter beschäftigt werden, während andererseits die Einrichtungen, Geräte, Maschinen usw. immer komplizierter, auch das Arbeitsgebiet überhaupt ein unendlich vielfältigeres geworden sind.“

Eine andere beachtenswerte Rundgebung ist in dem Bericht der Berufsgenossenschaft für 1913 enthalten. Es wird da gesagt: „Es ist nicht zu verkennen, daß bei den vorübergehenden Tiefbauten die Gefahr an und für sich eine höhere ist als bei den ständigen Betrieben vieler anderer Berufsgenossenschaften, und zwar infolge der Unübersichtlichkeit der langgestreckten Baustellen, oft mit Verwendung zahlreicher Maschinen, bei welcher eine einheitliche Bauaufsicht nur schwer zu ermöglichen ist (?) und in welcher einzelne Arbeiter oft auf sich allein angewiesen sind. Ungünstig wirkt ferner der Umstand, daß die Unternehmer in vielen Fällen genötigt sind, nicht vorgebildete Arbeiter zu beschäftigen; ferner sind die Bauarbeiten oft zu kurz, es müssen viele Arbeiter auf eine Baustelle zusammengebracht werden, womit immer eine zunehmende Gefahr verbunden ist, und endlich kommen die oft unzureichenden Lohnnahmepreise in Betracht, die dem Unternehmer nicht ermöglichen, sich gute Geräte und Betriebsbezeichnungen zu beschaffen. Die technischen Aufsichtsbearbeiter sind deshalb oft nicht in der Lage, diesen Schwierigkeiten wirksam entgegenzutreten. Auch scheitert ein erfolgreiches Eingreifen häufig an dem passiven Widerstand der Aufsichtspersonen, insbesondere der Schachtmmeister usw.“ (Schluß folgt.)



### Geschäft besser als sonst.

In den ersten Kriegsmo­naten tat sich die englische Ge­schäfts­welt sehr viel darauf zu­gute, daß sie in regelmäßigen Zeitab­schritten melden konnte: „Ge­schäft wie sonst“. In­zwi­schen haben sich die Dinge geän­dert; das englische Ge­schäft in seiner Gesamtheit geht nicht mehr so wie vor dem Kriege; das Ge­schäft leidet. Bei uns in Deutsch­land herrscht ob des eng­li­schen Hy­mnus große Ent­rüs­tung. Diese kalt­herzigen Eng­länder, denen das Ge­schäft immer noch die Haupt­sache, denen die ge­löbten Men­schen Neben­sache sind, ja, die den ganzen Krieg eigent­lich nur als eine gün­stige Ge­schäfts­ge­legen­heit betrachten, er­regten moralischen Ekel bei allen guten Deutschen. In­zwi­schen haben sich auch hier die Dinge geän­dert; denn die guten Deutschen haben die Ent­deckung machen müssen, daß sie über den Köpfe bar­barisiert wurden. Während sie damit be­schäftigt waren, den Aus­hungerungs­plan Eng­lands zu­schreiben zu machen, kamen die ein­heimischen Buch­händler und pün­kt­lichen Ge­schäfts­leute in ihre in­flu­ent­en Be­grüßungs­kreise und wußten sie von ihren frei­willigen Ver­bänden in Deutsch­land unter­stützt werden, so würden sie einer gewissen Art deutscher Pro­fit­macher die eng­li­sche Ehren­bürgerschaft verliehen.

In der Tat gilt heute für einen nicht kleinen Teil der Ein­wohner­schaft Deutsch­lands der Satz: „Ge­schäft besser als sonst“ in weit­gehendem Maße. Dies trifft ganz be­son­ders für einen großen Teil der Land­wirte, für die Lebens­mittel­händler und für die Lieferanten von Kriegs­material zu. Bei diesen hat man jetzt vielfach Ge­legenheit, zu beachten, wie sehr die Pro­fit­sucht alles Scham­gefühl abtöten kann. Die deutsche Land­wirt­schaft ist vor dem Kriege sehr vor den übrigen Be­völkerungs­klassen be­vor­zugt worden. Hohe Agrar­zölle brachten ihr hohe Preise für die von ihr erzeugten Waren, Preise, unter denen die arme Be­völkerung schwer litt. Man hätte nun er­warten dürfen, daß die Land­wirte dafür auch gewisse moralische Ver­pflichtungen frei­willig erfüllen würden. Davon ist leider nichts zu merken. Wir können vielmehr stän­dig feststellen, daß es gerade Land­wirte sind, denen die bis­herigen uner­hörten Preis­steigerungen noch nicht weit genug gehen, die an­scheinend am liebsten die ge­samte städtische und in­dus­trielle Be­völkerung aus­hungern möchten. In diesem Ver­halten werden sie an­scheinend nicht nur von ihren eigenen Berufs­organisa­tionen, sondern auch von solchen Organisa­tionen unter­stützt, die von der Staats­oder Reichs­ver­waltung errichtet wurden, um die Lebens­mittelnot nach Mög­lichkeit zu be­seitigen.

In den letzten Nummern des „Grundstein“ haben wir in langen Tabellen nach­gewiesen, wie sehr sich die Lebens­haltung unserer Kollegen während des Krie­ges verschlechtert hat. An dieser Stelle wollen wir nur an einigen Bei­spielen zeigen, durch welche Mittel die Zer­störung herbeigeführt wird. In der Kriegszeit hat man uns eine Un­zahl von Erlassen und Verordnungen beschert, die der über­mäßigen Preis­treiberi vor­beugen sollten. Erfolg gleich Null. Nein, doch nicht! Erfolg hatten diese Er­lasse dort, wo es sich darum handelte, die Arbeits­löhne niedrig zu halten oder das ländliche Ge­binde zu ver­binden, den Dienst zu verlassen. In allen andern Fällen konnte trotz aller Er­lasse nicht verhindert werden, daß die Preise unge­heuer stiegen. Es wurden zahl­reiche Ein­kaufs-, Ver­kaufs-, Verteilungs-, Ver­atungs-, Total- und Zentral­kommissionen ein­gesetzt. Die Preise stiegen. Man gründete mit Hilfe der Reichs­behörden Ge­nos­sen­schaften, die die Preis­regelung vornehmen sollten. Die Preise stiegen weiter. Lange moralische Ermahnungen an die Preis­treiber flo­gen ins Land. Die Preise stiegen erst recht. Der Butter­preis wurde kürz­lich um zirka 50 % her­auf­gesetzt. Das bedeutet, daß die Mutter nun voraus­schicklich längere Zeit einen um M. 1,10 bis M. 1,20 höheren Preis be­zahlt als vor dem Kriege. Befähigt ist die Preis­steigerung für Käse. Die Milch ist um 8 bis 10 % pro Liter teurer ge­worden. Dabei ist die Sache so, daß Deutsch­land vor dem Kriege nur 12 p. H. seines Be­darfs an Molkereiprodukten aus dem Aus­land ein­führte. Ein großer Teil der zurzeit im Frei­de stehenden Männer scheidet für den Bedarf an Molkereiprodukten aus, so daß der notwendige Bedarf befriedigt werden kann. Die Preis­steigerung kann weder mit einer un­bedingt nötigen Zu­fuhr aus dem Aus­lande noch mit er­höhten Produktions­kosten begrün­det werden. Sie ist fast ganz Wucher­ge­lästen ent­sprungen. Ist es nach all den er­gebnis­losen Erlassen und Verordnungen ver­wunderlich, wenn die Mehrheit der Be­völkerung zu unsern Zivil­behörden kein Ver­trauen mehr hat? Wenn sich die Be­völkerung sagt, daß der Bundes­rat und die Kommissionen vor allem die agrari­schen In­teressen wahrnehmen? Die Be­völkerung mag sich täu­schen, aber der Schein gibt dem, was da ge­redet wird, recht.

In den letzten Tagen berich­tet die Tages­zeitung aller­lei merkwürdige Vor­kommnisse. Die „Dresdener Nach­richten“ teilten eine Ge­schichte mit, die uns ganz ruffisch vor­kam. Danach soll die öster­reichische Regierung ge­zögert haben, monatlich 150 Wagenladungen Eier von Oester­reich nach Deutsch­land ein­zuführen, wenn Deutsch­land das Wagen­material stellt. Die deutsche Regierung über­gab den An-

und Verkauf an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Diese beauftragte vier Eierhändler mit dem Einkauf und zahlte ihnen pro Kiste (1440 Eier) eine Einkaufsgebühr von M. 10. Für die Kiste Eier wurden in Galtzig M. 146 bezahlt; die Fracht nach Berlin kostete M. 4, so daß die Kiste Eier in Berlin auf M. 160 zu stehen kam. Das einzelne Ei würde also 11½ ¢ gefostet haben. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ließ nun die Eier verauktionieren und erzielte Preise von M. 220 bis M. 240. Sie verdiente also an einem Ei durch­schnittlich 4,9 ¢. Die Gesellschaft hatte auf diese Art einen monatlichen Nutzen von M. 500 000, während die vier Auf­käufer monatlich M. 150 000 verdienten. Den letzteren soll man inzwischen gefündigt haben und ihnen nun M. 700 Monatsgehalt zahlen. Ein Widerspruch gegen diese Be­hauptungen der „Dresdener Nachrichten“ ist bisher nicht erfolgt.

Eine andere, ebenso merkwürdige Geschichte erzählen die Blätter von der Hannoverischen Landwirtschafts-kammer. Diese Kammer soll nämlich der Geeresverwaltung Schweine zum Preise von M. 62 pro Zentner liefern. Die Landwirtschaftskammer erhielt von der Geeresverwaltung eine größere Menge Maiz und Gerste zu einem niedrigen vertraglichen Preise überliefert. Beide Verträge trat die Landwirtschaftskammer an die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft in Hannover ab. Diese kamt nun von den Bauern der Provinz Hannover die Schweine für M. 62 pro Zentner Lebensgewicht und verkauft sie, soweit nicht Lieferungen an die Geeresverwaltung in Betracht kommen, für M. 140 bis M. 145 pro Zentner Schlachtgewicht weiter. Der Gewinn bei diesem Geschäft beträgt 76 bis 80 p. H. So handeln nicht etwa Engländer, also Fremde, am deutschen Volk, sondern Organisationen, die vom Reich oder vom Staat gegründet wurden, um die Lebensmittelförderung des deutschen Volkes zu erleichtern. Es ist bei alledem noch ein Glück für uns, daß die Leiter dieser Organisationen nicht Leiter des großen Generalstabes wurden, sonst wäre Deutsch­land sicher in der ersten Kriegswache befestigt worden. Im übrigen ist die Sache so, daß die Großgrundbesitzer wohl wußten, was sie jagten, als sie im letzten Winter mit dem Aufgebot ihrer ganzen Lungentrost forderten, die Landwirtschaft solle bei der Bezeichnung der Kommissionen mehr be­rechtigt werden. In der letzten Zeit präsentierten sie dem deutschen Volke die Rechnung für ihre Bemühungen.

In dem Bürgerausschuß der mecklenburgischen Haupt- und Residenzstadt Schwerin wurden Stadtverordnete folgende Sache zur Sprache. Bei einer durch Stadtverordnete in einer Schweriner Mühle vorgenommenen Revision wurde Mehl vorgefunden, das hart und mit Würmern durchsetzt war. Die Wäcker haben mehrfach Schuld nach Mehl bekommen. Laufende Brode sind als Viehfutter verkauft worden, weil sie zur menschlichen Nahrung unbrauchbar waren. Hartes Mehl wurde in Stücke geschlagen und noch einmal gemahlen. Der Müller entschuldigte sich damit, das sei für die Kriegsgeldver­gesellschaft und komme nach auswärts. Auf einem Lagerplatz wurden 1000 Sac hartgewordenes Mehl gefunden. Obwohl bei der Probierung sehr genau verfahren wird, konnten die Revisoren in der Mühle förmlich im Mehl waten.

Zu diesen Vorgängen paßt dann auch noch die Tatsache, daß für große Mengen Gemüse die Gefahr des Verderbens besteht, weil die Eisenbahnverwaltung keine Wagen zur Beförderung stellt. So wird berichtet, daß in einem Kirchspiel der Landchaft Ditzmarjchen rund 3000 Eisenbahnwagen Weis­kohl seit September vergeblich auf Beförderung warten. Ähnliches wird von Kartoffelhändlern mitgeteilt.

In einer der letzten Nummern des bekannten „Wohlfühl“- „Einfühlensinnus“ kann man folgendes Bild sehen: Der Großvater sitzt im Rehschulz und erzählt seinen aufhorchenden Enkel­kindern Geschichten aus der Vergangenheit: „Ja, Rinder, daß Jahr 1915 war eine große Zeit, da ver­diente man M. 90 000 an einem Tagel! Diese Satire kennzeichnet unsere heutige Lage besser als 100 Leit­artikel. Es fehlt leider nur die Kehrseite, daß das Glend derer, die nicht wissen, wie sie heute ihren Hunger stillen sollen, ebenso kurz und treffend dargestellt wird. In einer Nummer des „Berliner Tageblatt“ standen vor kurzem zwei In­ferate nebeneinander. In dem einen wurden 10 000 kg verdorbenen Kakaopulver als Viehfutter an­geboten, in dem anderen wurden Springe angeboten, die Lohne mit 600 Stück Inzucht für M. 96. Und vor wenigen Wochen wurde mitgeteilt, daß man auf dem Schlachtfeld in Warmen habe 40 000 kg Fleisch verbrennen müssen, weil der Händler, dem es gehörte, es in seinem wucherischen Geiz lieber verbrennen ließ, als es beiseite für einen annehmbaren Preis zur menschlichen Nahrung herzugeben. Die Summe der ständig als Viehfutter angebotenen verdorbenen mensch­lichen Nahrungsmittel ist heute noch so groß, daß man damit die Bevölkerung einer Großstadt ernähren kann. Während also die Bevölkerung der Wuchergelehrte auf der einen Seite menschliche Nahrungsmittel dem Verderben ausgesetzt werden, wird auf der andern Seite der Verrug zur Teufelstasche, die bad nur noch den Tisch der Wohlhabenden zieren wird.

### Die Arbeitslosigkeit im August.

Im August berichteten 801 von 876 vorhandenen Zweigvereinen über die in diesem Monat gemeldete Arbeitslosigkeit. Nur in wenigen der fehlenden 74 Zweigvereine wird es gegenwärtig arbeitslose Bauarbeiter geben. Aber leider be­finden sich ihre Bemerkungen immer noch in dem Irrtum, ein Bericht sei unnötig, wenn keine oder nur einzelne Kollegen eine kurze Zeit arbeitslos waren. Es ist oft genug ge­lauft worden, daß der Wert der Statistik gewinnt, wenn möglich alle Zweigvereine regelmäßig und pünktlich die Arbeitslos­zahlen einreichen; auch dann, wenn ihre Mitgliederzahl bis auf wenige Kollegen zusammengesunken ist und wenn niemand arbeitslos war. Mögen also die Zweigvereins­leitungen, die es angeht, endlich von ihrem Irrtum loskommen.

Von 93 744 erfassten Mitgliedern meldeten sich 2785 = 3,0 p. H. arbeitslos; im Juli waren es 3363 arbeitslos = 3,5 p. H. von 96 814 Mitgliedern. Am letzten Werktag des Monats blicben im August 826 = 0,9 p. H., im Juli 1046 = 1,1 p. H. arbeitslos. Von dieser auch für August festzustellenden Aus­nahme der Arbeitslosigkeit bilden vier Landesstellen eine Aus­nahme. Gegenüber dem Monat Juli liegt hier die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, und zwar in Posen um 0,1 p. H., im Königreich Sachsen um 0,2 p. H., in Pommern um 0,5 p. H., in Elsaß-Lothringen um 3,6 p. H. In Schlesien stand sie mit dem Vormonat gleich. Die am Monatsanfang be­stehende Arbeitslosigkeit war gegenüber dem Juli nur in der Provinz Sachsen etwas höher, und zwar um 0,1 p. H. In Schlesien, Posen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Württemberg und Baden stand dies Verhältnis im Vergleich der beiden Monate Juli und August gleich. Berlin hatte in der letzten Woche des Monats über 6968 Mitgliedern 137 arbeitslos = 2,3 p. H. gegenüber 2,5 p. H. im Juli; also auch hier eine, wenn auch geringe Abnahme. Immerhin übersteigt die Arbeitslosigkeit Berlins den Reichsbuchdruck­schnitt hin­zugeordnet, erhöht Berlin die am Monatsanfang festgelegte Arbeitslosigkeit auf 968 arbeitslos = 1,0 p. H. von 97 122 Mit­gliedern, im Juli 1,2 p. H.

Die 2785 arbeitslos gemeldeten Mitglieder fielen zu­ammen 29 412 Tage. Durchschnittlich trafen auf ein arbeits­loses Mitglied 10,6 Tage, im Juli 10,2 Tage. Die durch­schnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat somit etwas zuge­nommen, und zwar außer im Reichsbuchdruck­schnitt auch in den Landesstellen Pommern, Brandenburg, Rheinland, Westfalen, Hannover, Braunschweig, Bremen, Oldenburg, Königreich Sachsen und Bayern. Auf den einzelnen Arbeitslosen ent­fielen hier 0,1 bis 2,9 Arbeitslosentage mehr als im Juli. Von den 2785 gemeldeten Arbeitslosen fierten im Ver­dichtungs­monat 1244 = 44,6 p. H. bis 6 Tage, 665 = 23,9 p. H. bis zu 12 Tagen, 307 = 11,0 p. H. bis zu 18 Tagen, 221 = 8,0 p. H. bis zu 24 Tagen und 348 = 12,5 p. H. fierten 26 Tage; da der Monat 26 Werk­tage zählte, also den ganzen Monat. Bei 991 = 35,6 p. H. der Arbeitslosen hatte die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. August begonnen. Von den gemeldeten Arbeitslosen fanden 1822 = 54,6 p. H. (im Juli 51,4 p. H.) Arbeitslosigkeit, und zwar 1349 = 48,4 (44,1) p. H. im Berufs­gewerbe, 178 = 6,2 (7,3) p. H. in anderen Gewerben. 234 Arbeits­lose = 8,4 (8,2) teilten ab und 203 = 7,3 (11,3) p. H. schrieben aus andern Ursachen auf der Kontrolle aus. Die am Monats­anfang arbeitslos gebliebenen 326 Mitglieder betragen 29,7 (31,1) p. H. der gemeldeten Arbeitslosen.

Monat	Verdichtungs-Bevölkerung	Erfasste Mitglieder	Arbeitslos waren		Arbeitslosentage zusammen	Arbeitslosentage auf ein Mitglied
			im Monat	am letzten Werk­tag		
1914						
August	663	158516	42718	26,9	25010	15,8
September	675	152840	37555	24,6	17109	11,2
Oktober	760	157266	28838	18,3	14179	9,0
November	733	150441	26071	17,3	14269	9,5
Dezbr.	732	158040	22284	16,1	13503	9,3
1915						
Januar	800	137183	28388	20,7	19313	14,1
Februar	770	125106	23273	22,5	14381	11,4
März	793	117738	23665	20,1	8746	7,4
April	803	112827	10344	9,2	2940	2,6
Mai	802	108450	5113	4,7	1897	1,7
Juni	792	101325	4101	4,0	1249	1,2
Juli	797	98314	3363	3,5	1046	1,1
August	801	93744	2785	3,0	826	0,9

Augenfällig zeigt vorstehender An­zug den für Wucher­arbeiterverhältnisse außergewöhnlich niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit im Gegen­satz zu dem Stand im vorigen Jahre, in der ersten Kriegszeit. Nach vorübergehenden Aus­schüben in den Wintermonaten ging die Zahl der Arbeits­losen gegenwärtig auf ein Minimum zurück. Darnach hat sich die Arbeitslosigkeit gehalten. Sie betrug im August b. H. immer noch etwa zwei Drittel des höchsten Standes vom Januar. In ähnlichem Maße wie die Zahl der Arbeitslosen ist auch die auf hundert landesmäßige Arbeitslose berechnete Arbeits­losigkeit zurückgegangen. Im Verdichtungsmonat bis auf 1,3 Tage. Von den 26 Werk­tagen des Monats sind das 0,3 Tage. Sowie der Arbeitslosigkeit entfiel auf alle be­rühmten Mitglieder, wenn es möglich wäre, alle gleichmäßig an der beteiligten Arbeitslosigkeit teilnehmen zu lassen. Nach dem Verhältnis ihrer Arbeitslosen nehmen die Mitglieder unter den einzelnen Berufsarten in diesem

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat August 1915.

Table with columns: Landesteile, Mitglieder am Schlusse des Monats, Im Laufe des Monats arbeitslos gemeldet, Arbeitslose im August. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Hannover, etc.

Table with columns: Landesteile, Arbeit erstellten, Im letzten Viertel des Monats, Arbeitslos im laufenden Monat waren, Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos, Arbeitslosenquote. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Hannover, etc.

Berichte

Es ist. Am 24. Oktober fand im 'Vollhaus' unsere von 24 Delegierten besuchte Generalversammlung statt. Kollege Friedrich erläuterte den Vorlesand und stellte die Beschlüsse dar. Aus dem Bericht ist folgendes anzuführen: Das dritte Quartal hat, wie nicht anders zu erwarten war, einen weiteren gang erheblichen Rückgang der Bauaktivität gebracht. In unserem Bericht vom zweiten Quartal sagten wir, daß statistisches Material über die Bauaktivität im zweiten Quartal noch nicht vorliegt, daß aber die Zahl der errichteten Gebäude sichertlich kleiner sei. Im ersten Quartal 1915 war der nunmehr vorliegende Bericht des statistischen Amtes bestätigt unsere Annahme. Es wurden errichtet:

Am 24. Oktober fand im 'Vollhaus' unsere von 24 Delegierten besuchte Generalversammlung statt. Kollege Friedrich erläuterte den Vorlesand und stellte die Beschlüsse dar. Aus dem Bericht ist folgendes anzuführen: Das dritte Quartal hat, wie nicht anders zu erwarten war, einen weiteren gang erheblichen Rückgang der Bauaktivität gebracht. In unserem Bericht vom zweiten Quartal sagten wir, daß statistisches Material über die Bauaktivität im zweiten Quartal noch nicht vorliegt, daß aber die Zahl der errichteten Gebäude sichertlich kleiner sei. Im ersten Quartal 1915 war der nunmehr vorliegende Bericht des statistischen Amtes bestätigt unsere Annahme. Es wurden errichtet:

Am 24. Oktober fand im 'Vollhaus' unsere von 24 Delegierten besuchte Generalversammlung statt. Kollege Friedrich erläuterte den Vorlesand und stellte die Beschlüsse dar. Aus dem Bericht ist folgendes anzuführen: Das dritte Quartal hat, wie nicht anders zu erwarten war, einen weiteren gang erheblichen Rückgang der Bauaktivität gebracht. In unserem Bericht vom zweiten Quartal sagten wir, daß statistisches Material über die Bauaktivität im zweiten Quartal noch nicht vorliegt, daß aber die Zahl der errichteten Gebäude sichertlich kleiner sei. Im ersten Quartal 1915 war der nunmehr vorliegende Bericht des statistischen Amtes bestätigt unsere Annahme. Es wurden errichtet:





Sie sollen „durchhalten“.

Aus Ruffstettin schreibt man uns: Am 5. September fand eine Zusammenkunft von Kriegerverwunderten...

Großhilde, den 24. Oktober 1915.

An Herrn Heinrich Hahnemann, Ruffstettin. Auf den Antrag vom 6. d. Mts. Die Gemeindeverwaltung hat es in ihrer Sitzung am 18. d. Mts. abgelehnt...

Der Gemeindevorsteher. J. N. Zander.

Ein Kommentar zu dieser Antwort erübrigt sich.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der 43. Woche (Montag, 25. Oktober). Die Zahl der Zweigvereine beträgt 873. Bericht haben 852 Zweigvereine mit 92 699 Mitgliedern...

Die Arbeitslosenunterstützung haben 405 Mitglieder = 0,43 pSt. erhalten. Hier ist eine Abnahme von 85 Unterstützungsempfängern = 0,04 pSt. zu verzeichnen.

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, Davon haben Bericht, Mitgliederzahl. Lists 21 districts including Königsberg, Bromberg, Stettin, etc.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage Arbeitslos:

Table with 4 columns: Bezirk, Bauarbeiter, Hilfsarbeiter, Zusammen. Lists 21 districts with worker counts.

Wegen Erpressung angeklagt und freigesprochen.

Vor der Strafkammer in Jüterburg stand am 16. Oktober d. J. Kermin gegen den Maurermeister Zeina u. a. und den Bauarbeiter Kabischat wegen versuchter Erpressung an. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde...

nachgewiesen werden könne. Ebensovienig sei erwiesen, daß tatsächlich der Zweck der Arbeiter dahin gegangen sei, den Bauarbeiter zu fördern...

Vom Bau. Statistil über die Bautätigkeit.

Was jetzt voran wir, auch in Friedenszeiten, über den Umfang der Bautätigkeit nur sehr mangelhaft unterrichtet. Statistil über dieses wichtige Gebiet der Volkswirtschaft gibt es nicht. Nur verhältnismäßig wenige Städte veröffentlichen regelmäßig Berichte über die Bautätigkeit...

Berlin, den 8. Oktober 1915.

An den Deutschen Städte- und Bauvereine. Die von den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des deutschen Baugewerbes und der Baugewerbe gebildete Kriegsarbeitsgemeinschaft...

Eine solche Statistik, die bereits von einer Reihe von Städteverbänden in Friedenszeiten aufgestellt worden ist, erscheint nicht nur in der gegenwärtigen Zeit, sondern auch besonders nach Beendigung des Krieges sehr erwünscht...

In welcher Form diese Angaben dem Baugewerbe erwidert werden, ergibt sich aus dem beiliegenden Entwurf eines Formulars, den wir einer geneigten Beachtung empfehlen.

Im Auftrage: des Dr. Froehner. Wir wollen hoffen, daß diese Eingabe nicht erfolglos ist.

Unfälle. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 25. Oktober am Neubau des Oberpostamts in Breslau. Dort war man mit dem Verlegen des aus Sandsteinwürfeln hergestellten Hauptgesimses beschäftigt. Beim Einlegen des letzten Steines stürzte plötzlich die ganze stützende Front in einer Länge von 16 m nach der Straße. Der Maurer Johann Sobieszki, der von einem stehenden Gerüst aus an dem Verlegen der Werkstücke teilnahm, wurde von den abstürzenden Massen in die Tiefe gerissen und vollständig zermalmt, so daß sein Tod auf der Stelle eintrat. Der Bau wurde in Submission von dem Baugeschäft Gebr. Nach aus dem Bau gestrichen. Die Werkstücke wurden mittels Schuttschichten abgedeckt. Die Werkstücke wurden mittels Schuttschichten abgedeckt. Die Werkstücke wurden mittels Schuttschichten abgedeckt...

**Wiederaufbau in Ostpreußen und Belgien.** Die Bautätigkeit in Ostpreußen ist nach Mitteilungen der Unternachrichtenergebnisse in der letzten Zeit recht lebhaft geworden. Im Kreis Stalupönen sind eine größere Anzahl von Bauten, namentlich Holzgebäude, in Arbeit oder bereits fertig. In den Kreisen Ragnit, Rastit und Stalupönen sind mehrere staatliche Bauten in Angriff genommen worden. Nicht eingerechnet sind dabei die eisenbahnstaatlichen Gebäude. Von den verkauften Häusern sind drei nahezu fertig. In den südlichen Kreisen der Provinz scheint der Wiederaufbau langsamer vor sich zu gehen. Zunächst soll bei Häusern mit einer fertigeren Ziegelart begonnen werden. — In Belgien hat das deutsche Gouvernement in den alten Städten, in denen durch die Beschädigung größerer Bauten oder ganze Straßen zerstört wurden, namentlich in Löwen, Brüssel, Brabant und Lüttich Pläne zum Wiederaufbau in Arbeit, die dem alten Charakter der Städte Rechnung tragen und zugleich die gesundheitlichen Verhältnisse der Orte verbessern sollen. Die Erhebungen über den Umfang der Beschädigungen haben ergeben, daß die ersten Angaben über die Kriegsschäden ganz gewaltig übertrieben waren. Mit Ausnahme von Westflandern, in dem der Kampf jetzt noch tobt, sind etwa 2 1/2% der Häuser beschädigt. Im ganzen Lande sind etwa 26 000 Häuser beschädigt. Im ganzen Lande sind etwa 150 000 Menschen bewohnt. Die Mehrzahl dieser Häuser konnte mit leichter Mühe zum Weiterbewohnen hergestellt werden, so daß nur rund 70 000 Menschen obdachlos waren. Da jedoch rund 300 000 noch heute im Auslande sind, so fanden die Obdachlosen mit leichter Mühe Unterkunft.

**Soziales.**

**Die Kriegsverschmerzungs-Kasse der Volkshilfe.** Die im Oktober 1914 ins Leben getretene Kasse kann mit dem bisherigen Ergebnis ihrer Tätigkeit zufrieden sein. Bis zum 15. Oktober 1915 waren im ganzen für 99 776 Kriegsteilnehmer 58 137 Anteilsscheine erworben und dafür der Betrag von 4 290 685 eingezahlt. Dieser Betrag wird ohne jeden Abzug jedes Monats nach Kriegsende rückerstattet an die Angehörigen der im Kriege Gefallenen oder an den Folgen des Krieges Verstorbenen, auf deren Namen Anteilsscheine erworben wurden, ausbezahlt. Mancher Familie wird also diese Kasse die Mittel liefern müssen, um nach dem Tode des Ernährers die Lebensmöglichkeiten zu verbessern. Immerhin ist hervorzuheben, daß die Zahl der Verschmerzten eigentlich nicht im richtigen Verhältnis zur Zahl der Einberufenen steht. Zweifellos ist vielen Arbeitern das Wesen dieser Kasse noch unbekannt.

**Kriegsopfer-Deutscher Frauenbund 1915.** Aus dem Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission wird uns geschrieben: Der Weltkrieg wird für Tausende von Familien große Not im Gefolge haben. Sie lindern zu helfen, ist Pflicht aller derjenigen, die in irgendeiner Weise dazu in der Lage sind. Es tragen damit einen Teil der Lasten auf sich die Volksgenossen, die in strenger Pflichterfüllung Gesundheit und Leben geopfert haben. Der Opfer sind zu danken, und die Kriegsgeliebten sind zu mahnend, als daß es genügt, die durch den Krieg Betroffenen auf die Hilfe durch das Reich zu verlassen. Auch die private Wohltätigkeit wird deshalb eingreifen müssen, und sie hat bereits in der Kriegszeit teilweise hervorragendes geleistet. Um diese zu weiteren Leistungen anzuregen, sie auch wirksam zusammenzufassen und um eine möglichst gewinnbringende und wirksame Verwendung zu erreichen, haben Frauenorganisationen die Gründung der **Kriegsopfer-Deutscher Frauenbund 1915** vorgeschlagen, der sich eine große Anzahl Frauenvereine aller Richtungen angeschlossen haben. Als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission in die Kommission in der Organisation berufen. — Die Spende Deutscher Frauenbund wird einerseits der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen, andererseits den unter Führung des Staates gegründeten Ausschüssen für Kriegsinvalidenfürsorge angegliedert werden, deren Vertreter in der Verwaltung mitwirken. Die Sammlung soll erfolgen durch Ortsausschüsse, die von den beteiligten großen Verbänden unter Hinzuziehung von Vertretern aller Bevölkerungskreise gebildet werden und dort, wo die Gründung von Ortsausschüssen nicht erfolgen kann, durch Landesauschüsse (Provinz- und Kreis-Ausschüsse), deren Zusammenkunft ähnlich zu erfolgen hat. Durch Veranstaltung von Konzerten, Blumen- und Festlichkeiten sollen Mittel nicht beschafft werden. Die Sammlungen können sowohl in Vereinen wie auch öffentlich vorgenommen werden. Die aufzubringenden Mittel sollen für solche Personen verwendet werden, die durch die Nationalstiftung und die Ausschüsse für Invalidenfürsorge nicht oder erst in zweiter Linie berücksichtigt werden können, namentlich für die Mütter gefallener und invalider Krieger und für die Angehörigen von Kriegsbeschädigten, die durch Alter, Krankheit oder Inanspruchnahme in der Familie am eigenen Erwerb verhindert sind. Auch soll beachtet werden, Angehörigen Gefallener eine ihrer Begabung entsprechende Schul- oder Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Organisation und der Plan für die Verteilung der Mittel wird der Sammlung weitest Sympathie in allen Kreisen der Bevölkerung schaffen, so daß weitestens einer Anzahl der schwer durch den Krieg betroffenen Personen wirksame Hilfe gebracht werden kann.

**Ein Mahnruf an die Kriegsbeschädigten.**

Der Drang, möglichst bald der Einfirmigkeit des Lebens in den Lagerten zu entgehen und zur Erwerbsarbeit zurückzukehren, veranlaßt viele Kriegsbeschädigte, entgegen dem Willen der behandelnden Ärzte, auf ihre Entlassung aus den Lagerten zu dringen. Willig werden diese an sich verständlichen Wünsche geäußert durch Ansuchen in den Tageszeitungen, die zum Teil von gewerkschaftlichen Stellvertretern ausgehen. In diesen Ansuchen werden Kriegsbeschädigte oftmals bei hohen Lohnangeboten für die verschiedensten Arbeiten gesucht. Zum Teil erhalten die Kriegsbeschädigten auch von ihren Angehörigen aus der Heimat derartige Ansuchen zu

gesandt. Das letztere mag gut gemeint sein. Die Angehörigen hoffen, daß sie den Kriegsbeschädigten für die in der Heimat leisten können, wenn er in der Heimat irgendeine Arbeitstelle findet. Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch lieberwilligen Mißverständnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gedient. Angebote von Arbeitstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften oder auch aus der Absicht, das Krieges-Interesse der Arbeitsmarkt von dem aus dem Feld zurückkehrenden Millionen überflüssig zu machen, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher fremde und auch während seiner Arbeitslosigkeit nicht heimlich gewordene Stelle. Die Kasse, die dem Angehörigen obliegt, wird nicht immer getragen werden können, auch wenn die Höhe zu dem Kriegsbeschädigten nach wie vor die gleiche bleibt. Der Mißverständnis steht dem allein. Es wird ihm bei dem großen Angebot von Erwerbsmöglichkeiten schwer, vielleicht unmöglich werden, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Sein Leben ist verfehlt. Nichts wäre für ihn trauriger, als von der Rente allein leben zu müssen und sich nicht mehr als nützlich durch Arbeit dem Ganzen dienen zu können. —

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß der Kriegsbeschädigte schnell, sondern daß er dauernd, auch über die Kriegszeit hinaus, möglichst für sein ganzes späteres Leben Arbeitstätigkeit erhält. Deswegen sollen die Kriegsbeschädigten nicht ohne genaue Prüfung Arbeitstellen annehmen, die ihnen oft aus gutem Herzen, häufiger aus gewinnfüchtigen Absichten angeboten werden. Die Kriegsbeschädigten müssen in erster Linie den Vorschlägen und dem Rats der behandelnden oder leitenden Ärzte folgen und das Angebot nicht ablehnen, ehe die Gesundheitslage abgeklärt ist. Sie sollten die Vorschläge der Fürsorgestellen für ihre Berufsberatung beachten. Die Fürsorgestellen folgen dem Grundsatze, den Kriegsbeschädigten möglichst in seine frühere Arbeitstätigkeit zu bringen, um ihm dort dauernde Arbeit zu sichern. Gelingt dies nicht, so soll ihm in seinem früheren Beruf Arbeitstätigkeit verschafft werden. Hat der Berufsberater in ihrer früheren Berufstätigkeit keinen Erfolg, wird er Freude an der Arbeitstätigkeit und Ausübung mit seinem Schicksal finden. Nur wenn die Kriegsbeschädigung beides nicht ermöglichen läßt, soll die Erlernung eines neuen Berufes erfolgen. Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, ist es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Berufstätigkeit in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines neuen Berufes, erfolgt nicht, um eine Kürzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Mißverständnis das Dasein zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorfrage getroffen. Die Kriegsbeschädigten sollen deshalb keine Anträge zu irgendwelchem Mißbrauche gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufes oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, guten Vorschlägen, die ihnen von Ärzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken. Jedenfalls sollten sie auf Anzeigen in den Tageszeitungen oder auf Angebote von Arbeitstellen unter der Hand nicht eingehen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, eine dauernde Arbeitstelle zu erhalten. Vermögen auch die Fürsorgestellen solche Stellen nicht in allen Fällen zu beschaffen, so bleiben die Kriegsbeschädigten doch, wenn sie deren Vermittlung in Anspruch nehmen, mit diesen Hilfsorganisationen in Verbindung und finden in ihnen einen stetigen Rathhalt.

**Berlin, den 2. Oktober 1915.**  
Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht.  
Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Angestellten.  
Deutscher Werkmittelverband.  
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.  
Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).

**Eingegangene Schriften.**

**Mächte des Weltkrieges.** Von dieser im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Sammlung ist das fünfte Heft erschienen. Es handelt von englischen Weltreich und ist von Dr. Paul Lenz verfaßt. Dieser hat es meisterhaft verstanden, auf etwa 50 Seiten eine ebenso knappe wie erschöpfende Darstellung dessen zu geben, was man von englischen Weltreich unbedingt wissen muß. Er behandelt die Entstehung des Reiches, die englische Verfassung, die Wehrverfassung, die Staatsfinanzen, die englische Volkswirtschaft, die Kolonien und ihre Verwaltung und schließlich das soziale Leben Englands. Die Schrift ist jedem, der sich einen Einblick in die Verhältnisse dieses aus keinem Verständnis emporgewachsenen Weltreiches verschaffen will, zum Studium zu empfehlen, ganz besonders aber auch denen, die in England immer noch das Mutterland der Demokratie und des politischen Fortschritts sehen. Die Broschüre kostet 40 H.; sie ist in jeder Volksbuchhandlung zu haben.

Bestimmungen für Ausübung von Renten aus Eisenbeton. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin. Preis pro Heft 60 H., zwei Hefte zusammen 80 H. Diese Bestimmungen sind aufgestellt von Deutschen Ausschüssen für Eisenbeton. Sie bilden gewissermaßen eine Wiederholung und Ergänzung früherer Bestimmungen und sind namentlich für die ausführenden Personen an Betonbauten bestimmt. Für diese ist daher ihre Anschaffung zu empfehlen.

**Dokumente zum Weltkrieg 1914.** Von dieser, in der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden Sammlung sind für jetzt vier weitere Hefte herausgegeben, die zusammen das **Gründbuch Italiens** darstellen. Und zwar enthält der erste Teil die Dokumente vom 9. September 1914 bis

4. März 1915, der zweite Teil die Dokumente vom 4. März 1915 bis zur Kriegserklärung Italiens. Jedes Heft kostet 60 H.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Vom 26. bis 31. Oktober sind durch die Zweigvereine folgende Beiträge eingelaufen: Angerburg A. 23,85, Mühlberg 49,50, Neuenhagen 249,78, Dransberg 24,50, Bergdorf 610,05, Bismarck 15,85, Burg a. Prem. 2, Stannenberg 17,60, Wilsdorf 3602,11, Coburg 236,35, Chemnitz 147,50, Gafelnd 92,32, Gafelnd 11, Gammeln 11, Darmstadt 216,9, Gschwege 118, Großburg 135,80, Friedland 2,40, Großruden 180,60, Geyer 97,20, Goldberg 1, Schf. 13,60, Grimmen 77,85, Geranien 142,60, Hildesheim 988,90, Herzberg a. Harz 113,90, Herrndorf b. Berlin 50, Kammerfeld 31,20, Seidenheim 156,20, Sittlerode 78,20, Seiffeld 40,70, Kaufmann 1, Kallberg 83,85, Kirchzucker 59,80, Kempen 89,80, Korfmann 33,80, Mühlberg 661,40, Mühlberg a. d. Elbe 263,55, Marburg 41,60, Mühlendorf 54,90, Mühlheim a. d. Elbe 252,55, Naun 74,60, Niesitz 128,70, Neubarn 443,30, Pflotschen 86,10, Siedow a. Harz 49,75, Regau 50, Prießitz 13,30, Querfurt 227,11, Riesa 20, Rosdorf 70,40, Riedelshausen 80, Spandau 280,85, Soltau 95,15, Sotau 94,30, Stahlfurt 400, Siedow 122,65, Sonnenberg 1, Th. 18,20, Sennsburg 71,80, Tremsbüchel 277,75, Zimmernode 117,90, Tölz 76,20, Wilsenburg 17,15, Wilschhausen 20,40, Werdar 28,20, Zimmowitz 25,60.  
**Kleiner: Bergdorf A. 15. — Protokolle: Rachen A. 1. — Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland: Coburg A. 3,50, Darmstadt 3,50, Straßburg i. Elz 7. — Der Weltkrieg: Rachen A. 2,50, Coburg — 60, Darmstadt 10, Erfurt 1. — Jahrbücher: Erfurt A. 2. — Jugendabteilung: Rachen A. — 80, Mühlendorf 1, U. 16,70, Mühlendorf 26,70, Köln 4, Coburg 8, Gormar 1, G. 9, Darmstadt 11,40, Friedland 3,50, Hildesheim 3,50, Kaufmann — 20, Mühlheim 2,60, Regau 3,30, Sotau 1,40.**

Der Vorstandsvorsitzende.

**Briefkasten.**

Zur Beachtung. Die Veröffentlichung von Selbstbriefen haben wir aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, vorzuziehen eingestuft.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Sterbtafelmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgter Todesmitteilung gemeldet wird. Die Briefe kosten 10 H.)  
**Berlin.** Am 22. Oktober starb das Mitglied **Wilhelm Franz** (Hilfsarbeiter) im Alter von 44 Jahren an Herzschlag. — Am 26. Oktober starb der Kollege **Paul Tschipke** (Spanner) im Alter von 57 Jahren an Rechtshirnhautentzündung. — Am gleichen Tag starb unter Mitgl. **Alb. Schulz** (Maurer) im Alter von 88 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Dresden.** Am 17. Oktober starb der Kollege **Ernst Richter** (Maurer) aus Södenhof im Alter von 67 Jahren an Magenleiden. — Am 20. Oktober starb das Mitglied **Emil Müller** (Maurer) aus Raddeburg im Alter von 51 Jahren an Schlaganfall. — Am 21. Oktober starb das Mitglied **Robert Haufe** (Maurer) aus Großsiedersdorf im Alter von 55 Jahren an den Folgen eines Unfalles.  
**Mühlberg.** Am 23. Oktober starb nach langem schweren Leiden der Kollege **Josef Staudacher** an Lungenschwindsucht.  
**Frankfurt a. M.** Am 24. Oktober starb unser Mitglied **Otto Petz** im Alter von 55 Jahren an der Prostatierkrankheit.  
**Limburg.** Am 17. Oktober starb der Kollege **Karl Köhler** (Maurer) im Alter von 80 Jahren an Gehirnentzündung.  
**Stet.** Am 21. Oktober starb unser Mitglied **Joch. Guntzmann** (Bauarbeiter) im Alter von 74 Jahren. — Am 25. Oktober starb unser Mitglied **Herm. Schultze** (Bauarbeiter) im Alter von 69 Jahren.  
**Leipzig.** Am 23. Oktober starb unser Kollege **Franz Grube** (Maurer) im Alter von 62 Jahren.  
**Mühlberg.** Am 22. Oktober starb der Kollege **Hermann Lehmann** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Mühlberg b. Sieditz.** Am 10. Oktober starb unser Kollege **Friedrich August Schönberg** (Maurer) aus Sieditz an Wasserstoff.  
**Mühlberg.** (Radbauern.) Am 25. Oktober starb der Kollege **Josef Wimmer** (Maurer) im Alter von 66 Jahren an der Zuckerkrankheit. — (Alu.) Am 27. Oktober starb unser Kollege **Thomas Wolf** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Bauchfellentzündung.  
**Mühlberg.** Am 29. Oktober starb unser Mitglied **Johann Besenhardt** im Alter von 45 Jahren an Wasserstoff.  
**Werdau.** Am 22. Oktober starb unser Kollege **Arno Pichler** (Maurer) im Alter von 47 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungen.**

Neußölln. (Zentral-Kantontafel.) Montag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kraft, Kirchhoffstr. 13. Tagesordnung: Quartalsabrechnung. Berichtswesen.  
**Mühlberg.** Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Ballhof“, Gemmelstr. 48. Tagesordnung: Wahlen der Delegierten zum Reichsausschuss der Arbeiter und Arbeiterinnenvereine. Referent: Kollege Meierl. Berichtswesen. Auch die auswärtigen Kollegen müssen kommen.

